

Wirtschaftsverbände verurteilen Angriffe auf Grenzgänger

Im Rahmen der AHV-Sanierung wird von der DpL und der FBP der Export von Steuergeldern moniert.

Die langfristige Sicherung der AHV wird das grosse politische Thema in diesem Jahr sein. In diesem Zusammenhang geraten auch die zahlreichen Grenzgänger immer stärker in den Fokus. So erklärt die FBP zu ihrem Lösungsvorschlag, dass damit «kein Export von Steuergeldern ins Ausland» stattfindet. Und die DpL erklärte vor einer Woche: «Mehr als die Hälfte der AHV-Versicherten wohnt im Ausland und leistet keinen Staatsbeitrag. Ein Staatsbeitrag der liechtensteinischen Steuerzahler für das Beitragsdefizit der Ausländer? Wir sind dagegen.»

Mit solchen Aussagen bekunden sowohl die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), wie auch der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) Mühe. «Anspruch auf eine AHV-Rente erhält, wer in Liechtenstein ar-

beitet und in die AHV einzahlt. Deshalb ist die Diskussion um den Export von Renten für uns nicht verständlich», so LIHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas.

Ohne Grenzgänger würde die Wirtschaft einbrechen

Auch LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn stösst in das gleiche Horn. Es treffe zwar zu, dass heute rund ein Drittel der AHV-Renten ins Ausland fliesen würden und bei einer Erhöhung des Staatsbeitrages ein Teil davon ebenfalls exportiert würde. Doch dies sei nicht das zentrale Problem der AHV. «Zudem darf in der Diskussion nicht vergessen werden, dass ein Grossteil der Arbeitnehmer in Liechtenstein Grenzgänger aus Österreich, der Schweiz und Deutschland sind. Während ihrer Arbeitstätigkeit in Liechtenstein tragen sie massgeblich

«Grenzgänger tragen mit ihrer Arbeitskraft zum Erhalt eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes Liechtenstein bei.»



Brigitte Haas
LIHK-Geschäftsführerin

zum wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und damit auch

des Landes bei», so Tribelhorn. Und Brigitte Haas ergänzt: «Sie zahlen ebenso wie inländische Arbeitskräfte ihre Beiträge in die AHV ein und haben dementsprechend Anrecht auf anteilmässige Leistungen im Alter.» Deshalb erhoffen sich beide Verbände eine sachliche Diskussion über die Sicherung der AHV ohne unnötige Stimmungsmache. «In Summe wird es ein Zusammenspiel von verschiedenen Massnahmen brauchen, um die Rückstellungen der AHV langfristig mit dem geforderten Sicherheitspolster von fünf Jahren auszustatten», so LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn. Dabei sollte für den LBV auch eine Rentenaltererhöhung kein Tabu sein. «Blickt man ins Ausland, sind Rentenalter von 65 und mehr keine Seltenheit mehr.»

Patrik Schädler

Kommentar

Ohne Grenzgänger sind wir nichts

Auch wenn damit eine umstrittene Aussage eines ehemaligen FBP-Landtagspräsidenten umgedeutet wird: Aber ohne Grenzgänger wäre Liechtenstein nichts – zumindest wirtschaftlich. Und daran könnte auch der Fürst nichts ändern. Wenn nicht täglich über 20 000 Menschen über die Grenze in unser Land zur Arbeit kommen würden, dann wäre in unserer Wirtschaft bald weniger los als in jeder Dorfbeiz.

Aus diesem Grund ist es geradezu verwerflich, wenn gewisse Politiker versuchen, gerade bei der Sanierung der

AHV die nationale Keule zu schwingen. Denn unabhängig seines Wohnorts hat jeder, der in die liechtensteinische AHV einzahlt, auch das gleiche Bezugsrecht. Deshalb ist zu hoffen, dass allen klar ist, dass es hier um die Sicherung des wichtigsten Vorsorgewerkes geht und nicht um möglichst viele Stimmen bei den nächsten Wahlen.



Patrik Schädler